

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 89,—
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum 200 M.,
für Versammlungsanzeigen 80 M. pro Zeile.

Weltwirtschaftliche Rundschau.

I.

Die Krise der Weltwirtschaft dauert weiter an, wenn sich auch der Anteil der einzelnen Staaten an ihr zugunsten der einen und zum Nachteil der andern verschoben hat. Einerseits sind die Vereinigten Staaten aus dem Wirbel der Krise herausgetreten, andererseits wurde Deutschland in den Teufelsstrudel hineingerissen. Auch in den übrigen Ländern sind in letzter Zeit manche Veränderungen im Krisenablauf eingetreten.

In den Vereinigten Staaten herrscht heute Hochkonjunktur. Die Leistungsfähigkeit der Betriebe wird dort in den meisten Produktionszweigen beinahe vollkommen ausgenutzt, und nur der Mangel an Arbeitskraft setzt dieser Ausnutzung Schranken. Die Bautätigkeit zeigt eine Erhöhung um 25 bis 50 % im letzten Monat. Der Gesamtverbrauch an Kupfer ist etwa um ein Drittel höher als vor dem Kriege. Die Tabakproduktion hat einen Rekord zu verzeichnen. Die Eisen- und Stahlindustrie ist mit Bestellungen überhäuft, und ihre während des Krieges gewaltig angewachsene Leistungsfähigkeit wird bereits bis zu 80 % ausgenutzt. Für uns sind in dieser Entwicklung zwei Tatsachen von großer Wichtigkeit: der richtige Aufschwung des amerikanischen Wirtschaftslebens erfolgte ohne Zunahme des Exports, das heißt der große amerikanische Wirtschaftskörper verbraucht selbst seine Erzeugnisse. Bei dem Verbrauch von Baumwolle kommt dies ganz besonders zum Ausdruck; die Vereinigten Staaten haben immer weniger Baumwolle an die europäische Industrie abzugeben. Des weiteren: vor dem Kriege waren die Vereinigten Staaten ein Ausfuhrland für Rohstoffe und ein Einfuhrland für Fertigfabrikate. Von seiner Gesamteinfuhr entfallen 89 % auf Rohstoffe — doppelt soviel als vor dem Kriege —, von seiner Gesamtausfuhr bereits 52 % auf Fertigprodukte. Die Zeichen dieser Entwicklung für Europa sind äußerst wichtig und keineswegs ermutigend. Womit man in Europa immer rechnen mußte: daß die Vereinigten Staaten sich zum selbstgenügenden, sich selbstversorgenden Wirtschaftskörper entwickeln würden, wird mit der Zeit Tatsache. Außerdem aber richten sich ihre Handelsbeziehungen immer weniger nach Europa und in immer größerem Maßstabe nach Südamerika und Asien. So wird zum Beispiel China bald zum tatsächlichen Handelsmonopol der Vereinigten Staaten.

Demgegenüber ist Deutschland, wo seit dem Waffenstillstand eine Hochkonjunktur herrschte, von einer Wirtschaftskrise heimgegriffen, die den Tiefstand noch bei weitem nicht erreichte. Die Folgen der Ruhrbesetzung sind zahlenmäßig noch nicht abzuschätzen, auch haben sich die Schwierigkeiten der Produktion und des Absatzes als Folge der Abschneidung des Ruhrgebietes noch nicht voll ausgewirkt. Die Krise war aber bereits vor der Ruhrbesetzung in Sicht und wäre auch ohne sie eingetreten. Die Valutakonjunktur hat sich gerächt. Die Industrie hatte infolge des leichten Absatzes wegen der Geldentwertung keinen Anlaß gefunden, ihre Produktion technisch zu vervollkommen. Die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung haben fortwährend zugenommen; das Ausland dagegen machte die größten Anstrengungen, um der deutschen Konkurrenz zu begegnen: Produktionsverbilligung durch verbesserte Arbeitsmethoden, Lohnherabsetzungen, verlängerte Arbeitszeit und vielfach auch durch handelspolitische Abwehrmaßnahmen. Um nur ein Beispiel zu erwähnen: die Konkurrenz der deutschen Tabak- und Schuhindustrie veranlaßte viele Länder, darunter auch das freihändlerische Holland, Abwehrmaßnahmen gegen die Schleuderkonkurrenz zu treffen; heute sind diese Produktionszweige in Deutschland von der schwersten Krise heimgegriffen. Auf der ganzen Linie gibt es Produktionsbeschränkungen mit Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Die Weltmarktpreise sind zwar trotz der Besserung der Marktlage infolge der Stützungsaktion der Reichsbank — außer der Textilindustrie — noch nicht erreicht. Die deutschen Preise sind durchschnittlich immer noch um etwa 30 % geringer als die Weltmarktpreise, die in der letzten Zeit eine steigende

Tendenz zeigen; — trotzdem geht die Ausfuhr zurück, es laufen immer weniger Bestellungen vom Ausland ein. Die Kaufkraft der Bevölkerung im Inland ist erdroffelt, da die Einkommen weder der Lohnempfänger noch der übrigen Schichten mit der Preiserhöhung Schritt zu halten vermögen. Die Großhandelspreise sind zwar in den letzten Wochen etwas zurückgegangen, dagegen zeigt der Index der Kleinhandelspreise und der Lebenshaltungskosten immer noch eine steigende Tendenz. Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes, soweit sie überhaupt noch arbeitet, muß ihre Produkte aufstoßen, da diese in das unbefestete Gebiet nicht befördert werden können. Die eisenerarbeitende Industrie des nicht befestigten Gebietes wird dadurch natürlich schwer getroffen. Die Rohstoffbeschaffung stößt auf die größten Schwierigkeiten; die angestrebte Förderung von Braunkohle im unbefestigten Gebiet und die gesteigerte Einfuhr aus England, der Tschechoslowakei und Polen können den Ausfall der Ruhrkohle schwer wettmachen. Die Industrie geht noch zumeist von den alten Rohstoffvorräten. So wird die Ruhrbesetzung die Wirtschaftskrise, die auch ohne sie eingetreten wäre, ins Furchterliche steigern.

Die Länder, die vor Deutschland zuletzt von der Wirtschaftskrise befallen wurden, die Tschechoslowakei und Oesterreich, leiden immer noch unter ihr. Ueber den Umfang der Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei geben einige Ziffern des Genossen Emk Strauß in der Märznummer der sozialdemokratischen Zeitschrift in Wien: „Der Kampf“, Aufschluß. Nach den Angaben des Ministeriums für soziale Fürsorge wurden im Januar 1923 beinahe 300 000 Arbeitslose unterstützt, mit den Familienangehörigen über eine halbe Million. Die Kohlenförderung ist zusammengeschrumpft, die Kohlerzeugung auf den fünften Teil der Produktion der Vorkriegszeit zurückgegangen. Für die Krise in der Metallindustrie ist bezeichnend, daß nach einer Statistik des Internationalen Metallarbeiterverbandes in Komotau mehr als 80 % seiner Mitglieder von der Krise betroffen wurden. Ähnlich ist die Lage in der Glas-, Papier-, chemischen und Bauindustrie. In der Bekleidungsindustrie betrug die Anzahl der Arbeitslosen in 400 größeren Betrieben im Jahre 1914 5½ Millionen, 1923 höchstens eine Million; die Bekleidungsindustrie ist also auf ein Fünftel ihres Vorkriegsstandes zusammengeschrumpft. Dank der Ruhrkrise ist eine vorübergehende Besserung der Wirtschaftslage der Tschechoslowakei und Oesterreichs eingetreten. Deutschland ist in seiner Notlage auf die Produkte dieser Länder angewiesen, außerdem aber sind diese infolge der deutschen Preisentwicklung Deutschland gegenüber auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig geworden. Im übrigen könnte die eingetretene kleine Besserung anhalten; denn die Valuten dieser Länder sind gegenwärtig so gut wie stabilisiert und der Anpassungsprozeß der Produktion an die neuen Verhältnisse ist bereits im Gange. Der Staat kann diesen Heilungsprozeß hindern; bedrückende Steuern, die die Kaufkraft der Bevölkerung herabsetzen, so besonders in Oesterreich die neue Umsatzsteuer, unerträgliche Frachtkosten und eine neue Teuerungswelle können die wieder etwas in Gang gekommene Produktion von neuem erdrücken.

In England ist die Wirtschaftskrise bei weitem noch nicht überwunden. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt immer noch 1¼ Millionen, und für das ganze Jahr 1923 rechnet man mit dieser großen Zahl von Arbeitslosen. Allerdings ist eine wesentliche Steigerung in der Produktion und der für England lebenswichtigen Ausfuhr zu verzeichnen, die aber teilweise als Folge der Ruhrbesetzung erscheint. Die Kohlenproduktion hat bereits Ende Februar die durchschnittliche Wochenenerzeugung des Vorkriegsjahres überholt. Die Kohleenerzeugung war im Februar die höchste seit Januar 1921, wenn sie auch um ein Drittel geringer war als vor dem Kriege. Dagegen erreichte die Stahlproduktion im Februar beinahe den Vorkriegsstand, obwohl sie noch wesentlich hinter der Erzeugung von 1920, der Periode der Hochkonjunktur, zurückbleibt. Die Zahl der neuangeblasenen Hochofen steigt sehr beträchtlich, die Ausfuhr von Kohlen und Stahl betrug im Januar bereits 85 % der Ausfuhr von Januar 1918.

Daß es sich nicht nur um eine „Ruhrkonjunktur“ handelt, zeigt der Umstand, daß die englische Eisenindustrie im Jahre 1922 im Kampf um den Absatz am Weltmarkt Sieger geblieben ist: es gelang England, seinen Auslandsabsatz dem Vorjahr gegenüber zu verdoppeln und damit die Führung unter den Ausfuhrländern zu übernehmen. Die 1921 zugunsten Frankreichs erfolgte Verschiebung in den Produktions- und Absatzverhältnissen konnte England also im folgenden Jahre wettmachen und im laufenden Jahre sogar wesentlich zu seinen Gunsten umgestalten. Die Frage ist nur — auf wie lange. Die Industrialisierung Asiens und Australiens verurteilt die englische Industrie, besonders der Textilindustrie, nicht geringe Sorgen.

Um die Wirtschaftslage einiger anderer Länder kurz anzudeuten, sei erwähnt, daß unter den europäischen Ländern sich die Lage Schwedens am meisten verbessert hat. Infolge der erhöhten Erz- und Holzexporte und der Belebung seiner Schifffahrt hat sich seine Lage günstig gestaltet. Dasselbe trifft auf Finnland und die Nordstaaten zu, deren Produktions- und Ausfuhrbilanz günstige Zeichen aufweisen. Die Wirtschaftslage Frankreichs und Belgiens ist nicht ungünstig, die Textilindustrien beider Länder sind gut beschäftigt, ebenso der Bergbau, wo aber umfangreiche Streiks die Kohlenförderung unterbinden. Die Eisen- und Stahlindustrie Lothringens und Luxemburgs kämpft jedoch infolge Mangels an Koks und Kohle, der durch die Ruhrbesetzung verursacht ist, mit bedeutenden Schwierigkeiten. Wegen des Ausfalles an Reparationskoks und -kohle muß die inzwischen wieder verteuerte englische Kohle eingeführt werden. Dadurch und aus andern Gründen wird die Produktion wesentlich verteuert, was sich in einer wesentlichen Erhöhung der Warenpreise auswirkt. Der Großhandelsindex für Januar war 447 gegen 418 Ende 1922. Die Preise im Kleinhandel sind jedoch wesentlich niedriger geblieben. In der Schweiz ist eine geringe Verbesserung der Wirtschaftslage zu verzeichnen, eine größere Beschäftigung, besonders in der Textilindustrie. Dagegen kann sich Holland nur schwer von der Wirtschaftskrise erholen. Hier ist die Arbeitslosigkeit immer noch im Steigen begriffen; sie betrug im Februar etwa 110 000, ungefähr 15 % der Arbeiterschaft, die Kurzarbeiter nicht einbegriffen.

Ueber die Gestaltung der Produktion und Ausfuhrverhältnisse, der Handelspolitik und der Staatsfinanzen der wichtigsten Länder soll in einem zweiten Artikel berichtet werden.

A. H.

Zur Rhein-Ruhr-Hilfe.

Veranlaßt durch die Versammlungsberichte aus Braunschweig und Halle in Nr. 10 des „Zimmerer“, will ich im Interesse der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft im Ruhrrevier versuchen die in den genannten Zeitschriften bestehenden Mißverständnisse über die vom ADGB propagierte Rhein-Ruhr-Hilfe aufzuklären. Wie weit das gelingt, muß ich allerdings dahingestellt sein lassen. Es ist an sich zwar zu begrüßen, daß unsere Kameraden prüfen, ob diese oder jene Angelegenheit mit ihren proletarischen Grundgedanken in Einklang zu bringen ist; nur sollte man sich davor hüten, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Wenn es zum Beispiel in dem Bericht aus Braunschweig heißt: „Wenn die Ruhrarbeitsbrüder den Kampf lediglich gegen ihre Grubenkönige führten, so seien die Zimmerer Braunschweigs gern bereit, dafür Opfer zu bringen, niemals aber würden die Zimmerer Braunschweigs auch nur einen Pfennig opfern, wo sie vermuteten, daß das Geld nicht im Sinne ihrer Wünsche verwendet würde.“ so ist damit der Arbeiterschaft im Ruhrrevier wenig geholfen. Papierne Resolutionen und ähnliche Dinge sind ganz nett, nur kann man keinen hungrigen Magen damit stillen. Wenn man sich nicht zur Pilsenerleistung aufschwingen kann, so soll man das ruhig zugeben und sich nicht hinter Grundzüge verziehen.

Wir fassen die Aufgaben der organisierten Arbeiterschaft so auf, daß wir jeden Gegner bekämpfen müssen, der sich dem kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft entgegenstellt. Und daß der französische Militarismus nicht zu den Förderern der Arbeiterbewegung zu zählen ist, davon bekommen wir hier jeden Tag Beweise genug. Welchen Sinn hätte denn unser jahrzehntelanger Kampf gegen den Militarismus, wenn wir uns jetzt widerstandslos unter den französischen Militarismus beugen sollen? Hier müssen wir be-

weisen, daß unsere Worte von früher keine Phrasen waren, sondern daß wir sie zu gegebener Zeit auch in die Tat umsetzen. Wir lehnen hier im Ruhrgebiet die Einheitsfront mit den kapitalistischen und nationalistischen Kreisen ab; denn wir wissen aus jahrzehntelanger Erfahrung ja viel besser als andere, die „weit vom Schuß sitzen“, aus welchem Holz das Großkapital des Ruhrreviers geschnitten ist. Wir führen jetzt einen grundsätzlichen Kampf gegen den Militarismus und Kapitalismus Frankreichs, und zwar mit der Waffe des Rechts, ausgedrückt durch passiven Widerstand.

Einen derartigen Kampf hat es noch nicht gegeben, und wir haben den Willen, diesen Kampf zu führen; nicht bis zum Siege; denn das ist Kasinn, sondern bis zur Verhandlungsmöglichkeit und Verständigung. In diesem Kampfe wird es am Ende keinen Sieger geben, sondern beide Gegner werden große materielle Opfer bringen müssen. Muß der Kampf wegen Mangels an Mitteln aufgegeben werden, so werden sich diese Nachwirkungen bald im übrigen Deutschland bemerkbar machen; denn das Ruhrrevier ist das große Kräfteerzeugnis, aus dem die Industrie des übrigen Deutschlands zum größten Teil versorgt wird.

Den Kampf gegen das Großkapital müssen wir führen, aber wir haben unsere Aufgaben als Gewerkschafter nicht erkannt. Und daß besonders die Zimmerer im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in dieser Beziehung ihren Mann stehen, werden auch die Kameraden von Braunschweig wissen, soweit sie nicht zu den Reutlingen in der Gewerkschaftsbewegung gehören. Es sei hier an die großen Kämpfe von 1906, 1910 und an die zahlreichen Kämpfe in der Nachkriegszeit erinnert. Also etwaige Befürchtungen über Harmoniebuselei sind grundlos. Aber heute haben wir einen Gegner vor uns, an dem auch die Braunschweiger Kameraden ihre Kräfte noch nicht erprobt haben. Es hat doch auch keinen Zweck, daß man immer redet, wenn man im gegebenen Augenblick vor lauter Grundfragen nicht zum Handeln kommen kann. Dann wollen wir uns ruhig das Fell über die Ohren ziehen lassen und die deutsche freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung zum alten Eisen werfen.

Die Befreiung über die Verwendung der aufgebrauchten Mittel ist eigentlich ein Mißtrauensvotum gegen alle die Gewerkschaftskollegen, die heute in den Kommissionen der Ruhrhilfe sich mit den Unternehmervertretern herumschlagen müssen. Mögen alle Kameraden an ihren Orten es an der notwendigen Kontrolle nicht fehlen lassen und dafür sorgen, daß mit den Sammelgeldern kein Mißbrauch getrieben wird. Mit dieser Aufgabe muß man natürlich die tüchtigsten und zuverlässigsten Kräfte betrauen. Hier im Ruhrrevier wird jedenfalls alles getan, daß die wirklich Notleidenden in den Genuss der notwendigen Unterstützung kommen. O. Schumann, Bochum.

Richtlinien für die Ferien 1923.

Wartezeit.

1. Die Wartezeit beträgt für das Jahr 1923 in allen Fällen 36 Wochen (§ 9 Ziffer 1 des Reichstarifvertrages).
2. Die Wartezeit beginnt erstmalig mit dem Eintritt des Arbeiters in ein Unternehmen.
3. Die Wartezeit läuft für Arbeiter, die in demselben Unternehmen bereits 1922 Ferien hatten, vom letzten Urlaubstag im Jahre 1922 an (§ 9 Ziffer 1 Absatz 2 des Reichstarifvertrages).
4. In Fällen, in denen Arbeiter ihre Ferien im Jahre 1922 auf Wunsch des Arbeitnehmers erst später angetreten haben, läuft die neue Wartezeit von dem Tage an, an dem bei sofortigem Ferienantritt ihr Urlaub beendet gewesen wäre.

Dauer der Ferien.

5. Alle Kameraden, die im Jahre 1923 in einem Unternehmen erstmalig Ferien erhalten, haben Anspruch auf 8 Ferientage.
6. Alle Kameraden dagegen, die bereits im Jahre 1922 in demselben Unternehmen Anspruch auf Ferien erworben hatten oder Ferien erhalten haben, haben 1923 Anspruch auf 4 Ferientage.

Für Lehrlinge.

Nachdem das Haupttarifamt durch seine grundsätzliche Entscheidung Nr. 10 („Zimmerer“ Nr. 9) auch den Lehrlingen des Baugewerbes auf Grund des Reichstarifvertrages ein Anspruch auf Ferien zuerkannt hat, gelten die vorstehenden Richtlinien auch für Lehrlinge. Demnach haben Lehrlinge im ersten Lehrjahre Anspruch auf Ferien, wenn sie 36 Wochen Lehrzeit hinter sich haben. Lehrlinge, die Ostern 1923 in die Lehre treten, würden demnach frühestens Mitte Dezember Anspruch haben auf 8 Ferientage.

Die Ferienberechtigung des Haupttarifamtes hat rückwirkende Kraft. Lehrlinge, die Ostern 1923 in das zweite Lehrjahr eintreten, haben Anspruch auf 8 Ferientage; Lehrlinge, die Ostern 1923 in das dritte Lehrjahr eintreten, haben Anspruch auf 4 Ferientage, auch wenn sie im Jahre 1922 Ferien nicht erhalten haben.

Für Junggesellen.

Junggesellen, die Ostern 1923 die Lehre verlassen und bei ihrem Schremeister in Arbeit bleiben, haben in diesem Jahre schon Anspruch auf 4 Ferientage, auch wenn sie als Lehrling Ferien nicht erhalten haben.

Geltendmachung des Ferienanspruches.

Jeder Arbeiter hat nachdem er seine Wartezeit von 36 Wochen durchgemacht hat, seinen Ferienanspruch dem Unternehmer gegenüber geltend zu machen.

Bei Entlassung hat der Arbeiter seinen Anspruch auf Ferien sofort zu erheben, spätestens jedoch an dem Tage, an dem er seinen Lohn oder die Entlassungspapiere von dem Unternehmer erhält. Das gleiche gilt in den Fällen, wo Arbeiter aus irgendwelchen Gründen das Arbeitsverhältnis selbst lösen, wenn sie am Tage der Auflösung des Arbeitsverhältnisses die Ferienberechtigung erworben hatten. (Entscheidung des Haupttarifamtes Nr. 8/1923.)

Arbeiter, die das Arbeitsverhältnis vor Ablauf der Wartezeit selbst lösen, gehen ihres Ferienanspruches verlustig. (Entscheidung des Haupttarifamtes Nr. 25/1923.)

Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses.

Ferienzeit wegen Witterungseinflüsse (Regenzeit, Frosttage), Materialmangels, Betriebsstörungen, Krankheit des Arbeiters, Aussperrungen sowie nicht tarifwidrigen Streiks

gelten nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. Die gefeierten Tage gelten für die Ferienberechnung als Arbeitszeit. Hierunter rechnet auch Feiertag im Winter wegen langanhaltenden Frostes auch für den Fall, wenn die Entlassung des Arbeiters erfolgt und er in dasselbe Unternehmen wieder eingestellt wird, sofern er in dieser Zeit kein anderes Arbeitsverhältnis eingegangen ist. (Entscheidung des Haupttarifamtes Nr. 9/1923.)

Internationale Nachrichten.

Vorsicht bei Annahme von Arbeit nach Holland.

Die Firma W. S. van der Sterre in Bithobon (Utrecht) in Holland sucht durch Anzeigen in deutschen Zeitungen Zimmerleute, Bausehreiber oder Möbelschreiber bei einem Wochenlohn von 20 Gulden. Der Allgemeine Niederländische Banarbeiterverband teilt uns dazu mit, daß es sich um Lohndruck handelt, denn der tarifliche Wochenlohn sei 86 Gulden. Kein Kamerad darf auf derartige Anzeigen hineinfallen. In solchen Fällen ist stets Nachfrage bei der zuständigen Organisation zu halten.

Verbandsnachrichten.

Schaumachungen des Zentralvorstandes.

Neue Beitragsklassen.

Die bisher bekanntgegebenen Beitragsklassen erstreckten sich bis zur 108. Beitragsklasse. Es hat sich als notwendig erwiesen, weitere 12 Beitragsklassen einzurichten, die in nachstehender Tabelle zur Beachtung für die Zahlstellen veröffentlicht werden. Die Staffelhöhe hat eine Erweiterung erfahren, sie beträgt von der 108. bis 120. Beitragsklasse 80 M. Die Zahlstellen erhalten die für sie in Frage kommenden Beitragsmarken rechtzeitig zugesandt.

Beitragsklasse	Stundenlohn	Für die Beitragsklasse	Für die Solastoffe	Erwerbslosenbeiträge
109	1281 bis 1360	990	380	200
110	1381 " 1440	1050	350	210
111	1441 " 1520	1110	370	220
112	1521 " 1600	1170	390	230
113	1601 " 1680	1230	410	250
114	1681 " 1760	1290	430	260
115	1761 " 1840	1350	450	270
116	1841 " 1920	1410	470	280
117	1921 " 2000	1470	490	290
118	2001 " 2080	1530	510	310
119	2081 " 2160	1590	530	320
120	2161 " 2240	1650	550	330

Ausschluß von Mitgliedern.

Wegen Vergehens gegen den § 22 Absatz 3 wurden in Bremen Hinrich Ahrens (Verbandsnummer 99 647), Wilhelm Klein (869 604), in Hamburg Franz Salow (877 005), Adolf Bud (867 745), Hermann Glasen (58 793), Wilhelm Rent (42 508), Karl Meyer (28 780), Heinrich Woytow (861 594), Peter Rend (1960), Albert Sandring (100 226), Karl Zbiele (88 118) und August Ziedemann (85 574) aus dem Verbandsausgesprochen.

Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreckt wird in Cosel, Dessau, Gishorn und Halle a. d. S.

Gesperret ist in Wittow i. Pomm. die Firma Körner, von der Zahlstelle Strausberg die Firma Heinrich in Gieselsdorf, in Penzig die Firma E. Pirche.

Aussperrung im Wirtschaftsgebiet Altenburg. In diesem Gebiet, zu dem die Zahlstellen Altenburg, Neufelw, Luda und Schmölln sowie das Wohngebiet Gösnitz der Zahlstelle Meerane gehören und worin 490 Zimmerer beschäftigt sind, findet schon seit Wochen ein scharfer Kampf um den Lohn statt. Zunächst haben die Unternehmer den durch Schiedspruch des Lohnamtes festgesetzten Lohn nicht gezahlt und auch im voraus jede weitere Lohnerhöhung abgelehnt. In Neufelw ist daraufhin von untern Kameraden am 6. März die Arbeit eingestellt worden und in Altenburg wurde zur gleichen Zeit ein Platz gesperrt. Die Unternehmer forderten bedingungslose Aufnahme der Arbeit und drohten im Verweigerungsfalle zum 8. März die Aussperrung an. Da dem Verlangen der Unternehmer nicht entsprochen wurde, erfolgte die Aussperrung im ganzen Gebiete. Am 9. März trat das Lohnamt zusammen und entschied, daß der bisher gezahlte Stundenlohn von 1250 M auf 1535 M zu erhöhen sei. Gleichzeitig wurde ausgesprochen, daß, wenn die in Erfurt festgestellte Teuerungszahl in den ersten beiden Märzwochen mehr als 10 % gestiegen sei, neu verhandelt werden solle. Diesen Schiedspruch haben die Unternehmer abgelehnt, sich aber bereit erklärt, den im Februar gefällten Schiedspruch, der 1885 M Lohn festsetzte, anzuerkennen und einen Zuschlag von 5 % daraufzuzahlen. Mit diesem Vorschlag haben sich die Zahlstellen einverstanden erklärt. Die Arbeit dürfte bereits am 19. März wieder aufgenommen worden sein.

Ende des Streiks in Vorbis. Unter Vorh. des Landrates fanden am 16. März Verhandlungen über Beilegung des Streiks statt. Das Ergebnis war die Annahme folgenden Vorschlages: Die Arbeiter nehmen am 17. März die Arbeit wieder auf und erhalten den durch Schiedspruch der Reichsarbeitsverwaltung vorgeschlagenen Spitzenlohn im Höhe von 1400 M die Stunde. Sollten im Laufe der weiteren Verhandlungen zwischen den Organisationen höhere Lohnsätze vereinbart werden, so erhalten die Arbeiter diesen höheren Lohn auch für die zurückliegende Arbeitszeit.

Differenzen in der Provinz Sachsen. Für die Provinz Sachsen ist ein Bezirkstarifvertrag abgeschlossen, der kein einheitliches Wirtschaftsgebiet umfaßt, sondern hochindustrielle und rein ländliche Gegenden zusammenfassen. Von jeder Differenz im Industriegebiet wird nun die ganze Provinz, also auch das rein ländliche Gebiet, erfaßt. Die Lohnverhandlungen gestalten sich immer sehr schwierig, da sie von den Industriellen stark beeinflusst werden. Die Lohnsetzung für März hat zu einem scharfen Konflikt geführt. Der Spitzenlohn war 900 M, er mußte, wenn er einen Ausgleich in Höhe der Teuerungszahl für Februar bringen sollte, also ohne Berücksichtigung der Verhältnisse im März, auf mindestens 1926 M gebracht werden. Bei den Verhandlungen, die am 5. März begannen, forderten die Arbeitervertreter die Erhöhung des Lohnes um 200 %; die Unternehmer lehnten jede Lohnerhöhung ab. Im Lohnamt, das nun zusammentrat, fand sich aber keine Mehrheit für die Fällung eines Schiedspruches, so daß der Vorsitzende rein persönlich den Vorschlag machte, den Spitzenlohn auf 1500 M festzusetzen und neu zu verhandeln, wenn die Magdeburger Teuerungsziffer eine Erhöhung von 15 % ergäbe. Dieser Vorschlag wurde von beiden Parteien abgelehnt. Die Unternehmer lehnten ihn ab, weil die Lohnerhöhung ihnen nicht paßte, und die Arbeiter, weil ihnen die für neue Verhandlungen geforderte Erhöhung von 15 % zu hoch war. Ein weiterer Vorschlag des Vorsitzenden, sofort einen Abschlag von 1400 M zu zahlen und am 10. März weiterzuverhandeln, fand keine Gegenliebe. Am 7. März wurde weiterverhandelt, wobei die Unternehmer als Abschlag einen Spitzenlohn von 1200 M boten. Die Parteien gingen wieder ohne Verständigung auseinander. Das Reichsarbeitsministerium hat dann die Vermittlung in die Hand genommen und die Parteien zum 12. März nach Berlin geladen. Das Ergebnis war ein Schiedspruch, wonach der Spitzenlohn von 960 auf 1400 M zu erhöhen ist. Die Erklärungsfrist war auf den 15. März festgelegt. Als erste hat die Zahlstelle Halle zu diesem Schiedspruch Stellung genommen, ihn abgelehnt und den Streik beschlossen.

Zur Lohnbewegung in Groß-Berlin. Am 28. Februar fand die fällige Verhandlung zur Neu festsetzung des Lohnes statt. Nach mehrstündigen Beratungen waren die Parteien sich nicht näher gekommen. Die Unternehmer lehnten jede Lohnerhöhung ab mit dem Hinweis, daß infolge des Sinkens des Dollars und der Großhandelspreise eine Verteuerung nicht eingetreten sei. Am 1. März entschied das Bezirkslohnamt für das Tarifgebiet Groß-Berlin, Potsdam, Spandau, Velten, Cranienburg und Königswusterhausen, daß für die Zeit vom 1. bis 14. März der Lohn für Zimmerer 1537 M zu betragen habe. Die Unternehmer haben diesen Schiedspruch abgelehnt. Unter Leitung des Demobilisationskommissars fanden am 10. März Verhandlungen statt. Es kam ein Vergleich zustande dahin, daß für die Zeit vom 8. bis 14. März der Stundenlohn 1520 M und vom 15. bis 31. März 1600 M beträgt. Die Wertzeugenschädigung wird vom 15. März an von 14 auf 20 M pro Stunde erhöht. Eine Zahlstellenversammlung hat dem Vergleiche zugestimmt.

Gespannte Verhältnisse in Bayern. Am 7. März wurde vom Lohnamt ein Schiedspruch gefällt, der einen Spitzenlohn von 1650 M vorsah. Die Arbeiter nahmen den Schiedspruch an, die Unternehmer lehnten ihn ab. Am 16. März fanden im Ministerium für soziale Fürsorge Verhandlungen statt zu dem Zweck, den Schiedspruch für verbindlich zu erklären. Der Vertreter der Unternehmer gab dabei die Erklärung ab, daß, wenn auf der Arbeiterseite Geneigtheit zu verhandeln bestände, die Unternehmer bereit seien, Zugeständnisse zu machen, eventuell das Berliner Lohnabkommen (siehe unter Berlin) zu übernehmen. Verhandlungen kamen nicht zustande. Die Entscheidung liegt nun beim Ministerium.

Aus Schlesien. Am 8. März fanden in Breslau für Schlesien Lohnverhandlungen statt. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurde das Lohnamt angerufen, das am 8. März dahin entschied: Der Lohn ist in allen Orten um 20 % zu erhöhen. Der Spruch wurde von den Unternehmern abgelehnt. Am 17. März beschäftigte sich der Schlichtungsausschuß damit, er entschied, vom 1. bis 7. März bleiben die Februarlöhne bestehen, vom 8. bis 31. März erfolgt eine Lohnerhöhung von 20 %. Bis zum 22. März haben sich die Parteien über Annahme oder Ablehnung zu äußern.

Berichte aus den Zahlstellen.

Chemnitz. (Polierversammlung.) Eine gemeinsame Versammlung der Zimmer- und Maurerpoliere sowie der Schachtmeister, die im Baugewerksbund und im Zimmererverband organisiert sind, beschäftigte sich mit dem neuen Tarif, der bis heute noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Das Ergebnis der Aussprache lag in der folgenden einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck: „Die am 17. Februar 1923 abgeschaltene kombierte Versammlung der Poliere und Schachtmeister erhebt gegen die Absichten der Unternehmer, wie sie in dem Artikel des „Zimmerer“ vom 20. Januar, letzte Seite, „Streng vertraulich“, zum Ausdruck kommen, schärfsten Protest. Die Versammelten fordern von den Zentralvorständen, daß sie beim Deutschen Polierbund und beim Arbeitgeberverband für das Baugewerbe über die im begehnten Artikel beabsichtigte Ausschließung der Zentralverbände als Vertragskontrahenten beim Abschluß des Tarifvertrages für Poliere und Schachtmeister protestieren. Sollten der Polierbund und der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe dem obigen Protest nicht Rechnung tragen, werden wir Poliere und Schachtmeister, die wir zu zirka 60 % in genannten Verbänden organisiert sind, mit Hilfe der Gewerkschaftsmitglieder alle Poliersektionen aufrufen, um uns als Vertragspartei anzuerkennen. Ferner wird von den Verhandlungsführern gefordert, daß sie bei dem zukünftigen Abschluß des Tarifs für Poliere und Schachtmeister die 25 % Zuschlag auf die Löhne der Gelehrten, wie sie in Chemnitz schon bestehen, beibehalten werden. Die Schachtmeister sind im Lohn den Polieren gleichzustellen.“

Darmstadt. Am 1. Januar fand im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht. Daraus war zu entnehmen, daß das vergangene Jahr ein arbeitsreiches war. Um das Organisationsleben aufrechtzuerhalten, wurden 10 außerordentliche Versammlungen, 9 erweiterte Vorstandssitzungen, 11 Vertrauensmännerversammlungen und außerdem noch 3 Sitzungen mit den Unternehmern betreffs Umschulung und Ferienfrage abgehalten. Ferner wurden noch in den einzelnen Bezirken Versammlungen arrangiert. Die Zahl der Mitglieder ist von 233 auf 275 gestiegen. Der Lohn, der von 12,50 M durch 22 Erhöhungen um die Jahreswende auf 400 M pro Stunde kam, reichte kaum zum allernotwendigsten Lebensunterhalt aus. Diese Tatsache erforderte es allein schon, geschloßen hinter dem Verband zu stehen, um gemeinsam ein besseres Leben zu erkämpfen. Lösung sei: „Zimmer vorwärts, nimmer rückwärts!“ Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, auch die Mitglieder der Schlichtungskommission. Der Anteil bei der „Bauhütte“ wurde von 18 000 auf 30 000 M erhöht; alle andern Gelder wurden als Darlehen je zur Hälfte bei der „Bauhütte“ und beim Konsumverein angelegt. Den Verhältnissen der erweiterten Vorstandssitzung wurde zugestimmt. Die Verschmelzungsfrage, die die Anstellung eines Beamten notwendig macht, wurde vom Kameraden Maul sachlich erörtert. Er betonte, daß es zurzeit wirtschaftlich unmöglich sei, diesen Schritt vorzunehmen. Die enormen Ausgaben für Agitation usw., die den Anlaß zu der Frage gaben, sollen in Zukunft zum großen Teil aus der Gaultasse und den betreffenden Zahlstellen unter entsprechender Regelung der Gaulteitung bestritten werden. Der Vorsitzende gab kund, daß dessenungeachtet die Zahlstelle auch ferner nach bestem Wissen und Können verwaltet würde. Den Bericht über die Regelung der Februarlöhne erstattete Kamerad Maul. Die Vereinbarung war einmütig, weshalb sich eine Abstimmung erübrigte. Der Erhöhung des Kartellbeitrags auf 30 M pro Mitglied im Monat wurde zugestimmt, desgleichen dem Beitrag für den Fonds von 5 M pro Mitglied im Monat. Aus der Mitte der Versammlung wurde die Stellungnahme zur Mutation belichtet und ein ablehnender Standpunkt allgemein vertreten. Das ablehnende Verhalten der Unternehmer bei Einstellung von Lehrlingen und die schematische Entlohnung wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Der Gewerkschafter erklärte sich bereit, Schritte beim Mitteldeutschen Arbeitgeberverband einzuleiten und auf die Machinationen der Darmstädter Unternehmer aufmerksam zu machen.

Leipzig. Am 4. Februar fand unsere Jahresgeneralversammlung statt. Den Mitgliedern der Zahlstelle war Gelegenheit gegeben, sich in Besitz eines gedruckten Geschäftsberichts zu setzen, deshalb konnten sich der Vorsitzende, Kamerad Kroneberg, und der Kassierer, Kamerad Oschab, im mündlichen Bericht auf das Notwendigste beschränken. In der Aussprache beschäftigten sich die meisten Redner nicht mit dem Geschäftsbericht und der Tätigkeit der Verwaltung, sondern behandelten die üblichen Tagesfragen und verloren sich dabei in Erörterungen von theoretischen Problemen. Kritik an der Verwaltung wurde, mit einer Ausnahme, nicht geübt. Der Antrag auf Entlastung des Kassierers wurde einstimmig, der der Verwaltung gegen einige Stimmen angenommen. In den Vorstand wurden neugewählt der zweite Schriftführer, 3 Revisoren und 2 Nevisoren. Der Kartellbericht war ausführlich in den Bezirken behandelt worden. Kamerad Kroneberg beschränkte sich auf kurze Ergänzungen. Die Generalversammlung beschloß, eine Aussprache über den Bericht nicht herbeizuführen. Die Delegierten werden nach den Beschlüssen des Leipziger Gewerkschaftstages aus den Mitgliedern des Vorstandes bestimmt. Den Bericht über die Lohnverhandlungen erstattete Kamerad Kroneberg. Die Versammlung stimmte dem Angebot der Verhandlungskommission zu. Im Punkt „Innere Verhältnisse“ beschloß die Generalversammlung einstimmig, gegen die Mitglieder Weise und Knauft auf Grund des § 22 Absatz 3 und 4 der Verbandsatzungen das Ausschlußverfahren einzuleiten.

— (Jahresbericht.) Im Berichtsjahre haben stattgefunden: 1 Generalversammlung, 13 Mitgliederversammlungen, 4 außerordentliche Mitgliederversammlungen, 5 Lehrlingsversammlungen, 19 Bezirksversammlungen, 15 Platz- und Betriebsversammlungen, 14 Platz- und Baudelegiertenversammlungen, 37 Vorstandssitzungen, 8 Sitzungen mit dem Polierverein, 5 Sektionsversammlungen der Poliere, 1 Versammlung mit den Hauskassierern. Der Versammlungsbesuch kann im Durchschnitt als zufriedenstellend angesehen werden. Die Bauaktivität war im Jahre 1922 im allgemeinen eine gute. Die Zahl der baupolizeilich abgenommenen Neu-, An- und Umbauten betrug in Leipzig bis 1. Oktober 1922 1188, davon waren 438 Neubauten, 628 Anbauten und 62 Umbauten. Die Zahl der durch Neubauten errichteten Wohnungen betrug 1889. Ein Verlust von 150 Wohnungen war durch Abbruch von Gebäuden zu verzeichnen. Mit Hilfe des Arbeitsnachweises und der scharf durchgeführten Kontrolle der Platz- und Baudelegierten war es möglich, alle Arbeitsvermittlung durch den Arbeitsnachweis zu bewirken. Im Berichtsjahr meldeten sich 2667 Kameraden arbeitslos, 2502 wurden vermittelt, 4794 Arbeitslosentage sind durch Kontrolle festgestellt worden. Die Höchstzahl der sich arbeitslos meldenden Zimmerer betrug 69 im Februar, während im Juni 4 und in den Monaten März, April, Mai, Juli und August keine arbeitslosen Berufsangehörigen vorhanden waren. Der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe, der nach langen und schwierigen Verhandlungen mit den zentralen Körperschaften der beteiligten Organisationen geschaffen wurde, ist, nachdem der Zentralvorstand unserer Organisation vom 22. Verbandstag die Vollmacht zum Abschluß erhalten hatte, am 6. Juli 1922 in Kraft getreten. Der Tarifvertrag für den Freistaat Sachsen, der sich auf der Grundlage des Reichstarifvertrages aufbaute, wurde nach eingehender Beratung und durch Beschluß der in Frage kommenden Organisationen am 18. August 1922 mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Freistaat Sachsen abgeschlossen. Der Vertrag selbst ist jedem Mitglied der Zahlstelle gedruckt ausgehändigt worden. Die Stundenlöhne des Bezirks Leipzig bis 18. August bewegten sich laut tariflichen Vereinbarungen vom Jahre 1921 in der Höhe, daß die Differenz zwischen Bezirk I (Großstadt) und Bezirk II 15 S, zwischen Bezirk III 80 S pro Stunde betrug. Nach Abschluß des Reichstarifvertrages am 18. August 1922 wurde ein Grundlohn für den Freistaat Sachsen geschaffen. Die Großstädte erhielten vom 18. August an pro Stunde 2 M

Leuerungszulage zum Grundlohn, vom 28. Dezember an erhöhte sich diese auf 10 M. Im Laufe des Jahres wurden 17 mal die Löhne erhöht. Im Lohnbezirk I erhöhte sich der Lohn von 19 auf 440 M, im Lohnbezirk II von 12,85 M auf 430 M und im Lohnbezirk III von 12,40 auf 430 M. Die Auslöschungssätze wurden bis 30. Mai in freier Vereinbarung geregelt; am 1. Juni wurden 5 % des Wochenlohnes, berechnet zu 45 1/2 Stunden, und am 21. Juni 6 % festgesetzt. Der Abschluß des Reichstarifs brachte folgende Regelung: 6 % des Grundlohnes, bei kürzerer Arbeitsdauer als 4 Wochen 15 % mehr, Ledige erhalten 15 % weniger. Am 18. August 1922 regelte sich das Kilometergeld wie folgt: über 5 bis 7 km 35 % des Grundlohnes, von 7 bis 8 km 38,5 %, jedes weitere Kilometer 3,5 %. Soweit die übrigen tariflichen Zuschläge in den Tabellen aufgeführt sind, wurden sie bis zum 30. Juni 1922 in freier Vereinbarung geregelt, ab 1. Juli wurden die Ueberstunden mit 20 %, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 40 %, Wechselzeit mit 10 % des Grundlohnes vergütet; ab 18. August 1922 erfolgte auf Grund des Tarifstarifs die Regelung wie folgt: Ueberstunden 20 %, Nacht- und Sonntagsarbeit 50 %, alle übrigen Zuschläge 10 % des Grundlohnes. Das Wertzeuggeld betrug am 1. Juli 1 % vom Wochenlohn, am 18. August 1922 1 1/2 % des Grundlohnes pro Stunde. Die Polierlöhne regelten sich vom 18. August an wie folgt: Grundlohn plus 22 % mal 46 Arbeitsstunden pro Woche. Nach Abschluß des Reichstarifvertrages wurden die Lehrlingsentschädigungen prozentual zum Gesellenlohn geregelt. Sie betragen im ersten Lehrhalbjahr 10 %, im zweiten 15 %, im dritten 20 %, im vierten 25 %, im fünften 30 % und im sechsten Lehrhalbjahr 40 % des Gesellenlohnes pro Stunde. Lehrlinge, deren Lehrverhältnis nach Vollendung des 16. Lebensjahres beginnt, erhalten um 10 % höhere Entschädigungssätze. Die Unternehmer in Westsachsen weigerten sich, diese Vereinbarung anzuerkennen. Nach langen Verhandlungen wurde erst am 1. Dezember 1922 die tarifliche Bestimmung anerkannt. Bezüglich der Ferienverhältnisse ist folgendes ermittelt worden. In den 8 Lohnbezirken wurden 161 Betriebe mit 2707 beschäftigten Polieren, Gesellen und Lehrlingen festgestellt, davon waren 1103 über 40 Wochen im Betriebe beschäftigt, die auch auf Grund des Reichstarifvertrages ihre Ferien erhielten. 121 Beschäftigte erhielten Ferien auf Grund besonderer Vereinbarungen und 1083 haben keine Ferien erhalten. Die Kassengeschäfte haben sich im Berichtsjahr wesentlich verändert, es werden wohl zahlenmäßig große Summen umgesetzt, aber der Geldwert entsprechend sinkt das Bild anders aus. Die Gesamteinnahme betrug 4 009 352,90 M, der Bestand der Lokalkasse erhöhte sich von 151 500,33 M auf 712 409,81 M, also ein Mehr von 560 909,48 M, das macht pro Mitglied anteilig 305,34 M; zahlenmäßig und dem Geldwert entsprechend durchaus nicht gering. Jeder Berufsangehörige muß daraus die Lehre ziehen, wie notwendig es ist, die Organisation auch finanziell zu stärken. Die Arbeit war in bezug auf die Kassengeschäfte keine geringe; 49 Sorten Beitragsmarken wurden umgesetzt, die Beiträge selbst wurden im Berichtsjahre achtmal erhöht, bis Zentralvorstand und Verbandsausschuß im Dezember eine Regelung schafften, die ein einheitliches Arbeiten in allen Zahlstellen möglich machte. Jeder Kamerad muß im kommenden Jahre seine Pflicht erfüllen, damit wir den Anforderungen auch finanziell gewachsen sind.

Löwen. Allmonatlich am letzten Sonntag findet unsere Versammlung statt. Leider sind die Versammlungsbesucher jetzt leicht zu zählen. Alle jüngeren Kameraden sind abgereist. Es ist schwer möglich, den Vorstand neu zu wählen. Deshalb ist es Pflicht aller Kameraden, in den Versammlungen zu erscheinen, wenn die Zahlstelle auf der Höhe bleiben soll; denn auf die Dauer ist es dem Kassierer schwer möglich, die Zahlstelle allein zu führen.

— (Jahresbericht.) Das Jahr 1922 war ein mühsames Jahr. Unser Lohn betrug am Anfang 7,50 M und am Ende 290 M. Trotzdem die Baukonjunktur einigermaßen befriedigend war, verschlechterte sich unsere Lebenslage. Die Lohnzulagen reichten bei der immer stärker werdenden Teuerung nicht aus, um einen Ausgleich herbeizuführen. Unser Lohn stand schon 1921 zu niedrig, und durch die prozentualen Zulagen, wie sie vom Dresdener Lohnamt ausgesprochen wurden, kamen wir in die niedrigste Lohnklasse. Ueberdies mußten die Unternehmer, daß die Mitglieder sich nicht ganz einig waren, und wollten die Verhandlungen im Frühjahr wesentlich in die Länge ziehen. Das bewirkte, daß eine Anzahl von Zimmerern aus der Umgegend von Löwen abgereist ist. Wir wollen hoffen, daß es uns in diesem Jahre gelingen wird, sämtliche Zimmerleute und Lehrlinge in unseren Verband aufzunehmen.

Marienburg. Am 9. Februar tagte unsere Mitgliederversammlung; sie war von 41 Mitgliedern besucht. Der Vorsitzende erstattete Bericht von den letzten Lohnverhandlungen. Das Ergebnis befriedigte die Versammlung nicht; denn da Marienburg Grenzort ist, sind die Preise bedeutend höher als in Berlin und Königsberg. Es wurde beantragt, Marienburg mit Königsberg in eine Lohnstufe zu bringen. Kamerad Finsel wies auf die großen Schwierigkeiten hin, in der gegenwärtigen Zeit höhere Löhne für bestimmte Orte durchzusetzen. Die Unternehmer beriefen sich meistens auf die geringeren Löhne in Berlin. Die Anwesenden gaben der Meinung Ausdruck, daß mehr getan werden müsse, um das Elend zu lindern. Zur Ruhrhilfe wurde hervorgehoben, daß man Hilfe fordere, trotzdem jeder selbst kaum satt zu essen habe. Dann wurde noch die Ferienfrage und die Erwerbslosenunterstützung besprochen. Letztere löste besondere Zustimmung aus, weil sie ungenügend ist.

Nordhausen. Am 18. Januar tagte unsere Generalversammlung. Der Vorsitzende kam auf das Verhalten der Unternehmer in bezug auf die Lohnverhandlungen sowie auf den letzten Schiedspruch des Bezirkslohnamts in Erfurt zu sprechen. Der Schiedspruch wurde beiderseitig angenommen. Hierauf gab der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal bekannt; ihm wurde Entlastung erteilt. Nachdem der Schriftführer den Jahresbericht gegeben, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Nach reger Diskussion erklärten sich die alten Vorstandsmitglieder bereit, ihre Posten wieder anzunehmen. Es erfolgte die Wahl der beiden Revisoren sowie der beiden Delegierten zum Ortsausschuß des DGBV. Anschließend wurde die Entschädigung für die Vorstandsmitglieder festgesetzt.

— (Jahresbericht.) Wenn wir anfangs des Jahres hofften, einer besseren Zeit entgegenzugehen, so sind wir doch im Laufe des Jahres in politischer und wirtschaftlicher Beziehung schwer enttäuscht worden. Die Folgen des Weltkrieges haben sich immer mehr bemerkbar gemacht. Gegenüber der immer mehr anschwellenden Teuerung haben wir es nicht vermocht, mit unsern Löhnen Schritt zu halten, und nur notdürftig konnten wir unser Dasein fristen. Wenn auch die Teuerung von den Bezirkslohnämtern anerkannt wurde, so mußten wir es hier in Nordhausen erleben, daß unsere hiesigen Unternehmer hierfür kein Verständnis hatten. So kam es, daß wir, um unser Recht zu erhalten, einen dreiwöchigen Kampf führen mußten, den wir durch unsere Geschlossenheit siegreich beendeten. Wenn wir auch am Schlusse des Jahres einen Stundenlohn von 305 M hatten, so müßten wir doch feststellen, daß es nur 30 % des Lohnes der Vorkriegszeit sind. Die Bauaktivität war im vergangenen Jahre zwar nicht groß, jedoch haben sämtliche Kameraden in Arbeit gestanden. Die Versammlungen über beiderseitig interessierende Fragen wurden mit dem Bauarbeiterverband abgehalten. Versammlungen fanden 20 statt, und zwar 9 Mitgliederversammlungen und 11 kombinierte. Vorstandssitzungen machten sich 22 nötig, außerdem eine Gaukonferenz sowie verschiedene Sitzungen mit den Unternehmern und dem Schlichtungsausschuß. Der Versammlungsbesuch der Kameraden, wie überhaupt das Interesse am Verbandsleben lassen viel zu wünschen übrig. Die meiste Arbeit lag in den Händen des Vorstandes. Wir wollen hoffen, daß es im neuen Jahre in dieser Beziehung besser wird, damit wir jederzeit gegenüber den Machenschaften der Unternehmer gerüstet sind.

Ortelsburg. In unserer Generalversammlung am 20. Januar erstattete der Vorsitzende, Kamerad Görke, den Jahresbericht. Anschließend kam er auf die Befreiung des Ruhegebietes zu sprechen. Auch wir müßten unser Scherflein dazu beitragen, um die Not der dortigen Kameraden zu lindern. Dann erstattete der Kassierer den Kassenbericht, worauf ihm Entlastung erteilt wurde. Bei der Vorstandswahl wurden außer dem Schriftführer alle Mitglieder wiedergewählt. Sodann wurden die Entschädigungen für die Funktionäre geregelt.

Notenburg. Am 3. Februar tagte unsere Generalversammlung. Erschienen waren sämtliche Kameraden. Nachdem der Vorstand den Jahresbericht erstattet hatte, verlas der Kassierer den Kassenbericht; ihm wurde Entlastung erteilt. Der gesamte alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Hierauf wurden noch einige lokale Angelegenheiten erörtert.

Saalfeld a. d. S. Am 13. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kamerad Pfeifer, erstattete den Jahresbericht und beleuchtete die Tätigkeit der Zahlstelle. Es wurden abgehalten: 1 Generalversammlung, 8 Monatsversammlungen, 7 Vorstandssitzungen, 8 gemeinschaftliche Vorstandssitzungen und 5 gemeinschaftliche Mitgliederversammlungen mit den Bauarbeitern; außerdem fanden 4 Lohnkommissionssitzungen, 2 Gaukonferenzen und eine Agitationstour statt. Unser Mitgliederbestand war am Anfang des Jahres 170, einschließlich 30 Lehrlinge; am Ende des Jahres war er gleich hoch. Anschließend folgte der Bericht vom Lohnamt in Erfurt. Ferner wurde der Kassenbericht vom 4. Quartal bekanntgegeben und dem Kassierer Entlastung erteilt. Sodann erfolgte die Neuwahl des Gesamtvorstandes, der Revisoren und Kolporteurs. Die Gehaltsregelung ergab mancherlei Schwierigkeiten.

Sagan i. Schl. Am 2. Februar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die erste, die seit längerer Zeit wieder einigermaßen gut besucht war. Zunächst wurde der Kartellbericht erlautet und anschließend über die Lohnbewegung berichtet. Es wurde beschlossen, eine örtliche Lohnverhandlung und 100 % Zuschlag zu fordern. Unter „Verschiedenes“ erfolgte eine Aussprache über einen Kameraden, der seine Verbandspflichten vernachlässigt hatte. Er wurde zu einer Buße verurteilt. Ferner wurde zu dem Vorstoß des Reichswirtschaftsrates gegen den Achtstundentag Stellung genommen. Gegen diese Absichten müsse auf das schärfste protestiert werden.

Schwarzenbach a. d. S. Am 11. Februar fand im Gasthof „Zur Neuhadt“ unsere Mitgliederversammlung statt. Zunächst gab der Vorsitzende den letzten Schiedspruch bekannt. Allgemein wurde von der sehr gut besuchten Versammlung kritisiert, daß wir als Sacharbeiter immer weiter im Lohn zurückbleiben gegenüber ungelerten Arbeitern und Arbeiterinnen in Industriebetrieben, hauptsächlich in Porzellanfabriken. Auch sei der Schiedspruch nicht als Ausgleich der rapiden Teuerung anzusehen; es müsse deshalb mit allen Mitteln versucht werden, bei weiteren Verhandlungen die Lage der Kameraden besser zu gestalten. In dem weiteren Punkt kam auch die Beitragsleistung zur Sprache, wozu angeführt wurde, daß vom eigentlichen Stundenlohn 10 % Steuer abgehe, wir aber mit dem vollen Stundenlohn und darüber zur Beitragsleistung herangezogen würden, ein Verfahren, das nicht gerecht sei. Es wurde gewünscht, die heutige Versammlung möge die Gelegenheit dem Zentralvorstande einmal unterbreiten. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurden die Entschädigungen für die Funktionäre geregelt. Die Revisoren haben ihre Tätigkeit ehrenamtlich auszuführen. Zum Schluß kamen noch einige interne Angelegenheiten zur Sprache.

Saßnitz a. Müllern. Am 21. Januar fand unsere Generalversammlung im Gasthause „Zum Lenzberg“ statt. Der Kassierer legte den Kassenbericht vor; er wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Anschließend erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Unter „Verschiedenes“ berichtete Kamerad Urbig über die gesammelte Unterstützung für den Kameraden Selma, der seinen Dank dafür aussprechen ließ.

Tüft. Am 11. Februar fand unsere monatliche Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende gab einen kurzen Bericht über die Lohnverhandlung. Weiter verpflichtete sich der Vorsitzende, beim Finanzamt Tüft vorstellig zu werden wegen des Steuerabzuges vom Gehaltsgehalt, da die Finanzämter Elbing und Marienburg entschrieben haben, daß keine Steuern vom Gehaltsgehalt abzugelassen sind. Dann erstattete der Kartelldelegierte den

Partellbericht. In einer Betriebsrats- und Vertrauensmännerversammlung der Stadt Lütjitz wurde einstimmig beschlossen, mit den Unternehmern keine gemeinsame Sache zu machen und keinen Stundenlohn abzugeben, sondern erst dann mit der Tat und mit Geld die Ruhrbevölkerung zu unterstützen, wenn die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes selbst an uns herantreten wird. Weiter wurde getabelt, daß in Lütjitz Billfächer Kameraden arbeiten, obwohl in Lütjitz 30 Kameraden arbeitslos sind. Hierauf wurde ein Beschluß gefaßt, daß in Lütjitz keine auswärtigen Kameraden arbeiten dürfen, solange noch ein Kamerad von Lütjitz arbeitslos ist. Weiter wurde beschlossen, daß den Extrabeitrag für das Kartell jedes Mitglied selbst zahlen muß. Die Entschädigung der Hilfskassierer wurde für die Stadt auf 12 % und Lütjitz-Land und Magnit auf 15 % festgesetzt.

Sterbetafel.

Breslau. Hier starb am 1. März der Kamerad **Abolf Bunt** aus Hundsfield im Alter von 42 Jahren an Mittelohrentzündung und am 8. März der Kamerad **Hartwig Jaschek** im Alter von 86 Jahren an Grippe.
Hannover. Am 10. März verstarb an Lungenentzündung unser Kamerad **Karl Kulle** im 65. Lebensjahre und am 14. März, ebenfalls an Lungenentzündung, unser Kamerad **Karl Hempelmann** im 88. Lebensjahre.
Mainz-Wiesbaden. Am 8. März starb durch Unglücksfall unser Kamerad **G. Hettler**, 44 Jahre alt.

Baugewerbliches.

Steigerung der Löhne und Baustoffpreise im Jahre 1922. Die „Soziale Bauwirtschaft“ veröffentlicht nachstehende Aufstellung, die Aufschluß darüber gibt, um das Wievielfache die Löhne und Baustoffpreise in den einzelnen Monaten des Jahres 1922 nach den Lohn- und Baustoffindizes der „Sozialen Bauwirtschaft“ gegenüber den Löhnen und Preisen im Juli 1914 gestiegen waren.

Monat und Jahr	Die Preise für Baustoffe waren gestiegen um das	Die Löhne waren gestiegen um das
Januar 1922	28 fache	18 fache
Februar 1922	32 "	19 "
März 1922	42 "	23 "
April 1922	55 "	28 "
Mai 1922	68 "	34 "
Juni 1922	82 "	42 "
Juli 1922	97 "	49 "
August 1922	133 "	59 "
September 1922	271 "	103 "
Oktober 1922	403 "	143 "
November 1922	766 "	236 "
Dezember 1922	1504 "	460 "
Januar 1923	2060 "	645 "
Februar 1923	3880 "	1270 "

Technisch wie im Baugewerbe wird das Verhältnis der Löhne zur Preissteigerung auch in anderen Gewerben sein. Wer daher die Löhne für die Preissteigerung verantwortlich zu machen sucht, treibt offensibaren Schwindel.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Arbeitslöhne und Produktion. Daß eine Steigerung der Löhne nicht eine Verminderung der volkswirtschaftlichen Produktion zur Folge zu haben braucht, zeigt eine neue Produktionsstatistik des Staates Victoria (Australien). Vom Jahrgang 1919/20 bis 1921/22 stiegen die Durchschnittslöhne (es handelt sich hauptsächlich um das Textil- und Bekleidungs-gewerbe) von 135% auf 172% Pfund Sterling, also um 28%. Der Ertrag ist aber mitnichten gesunken: der jährliche Rohertrag ist von 101,5 auf 106,2 Millionen Pfund Sterling, der Reinertrag von 16,5 auf 19,7 Millionen gestiegen. Die australische Textilindustrie ist im Wachsen begriffen: die Zahl der Betriebe ist in 2 Jahren von 6000 auf 6800, die Zahl der Arbeiter von 137 000 auf 145 000 gestiegen. Neue Kapitalien werden angelegt (der Wert der Anlagen ist von 31 auf 41 Millionen gestiegen), und erst vor kurzem sind die englischen Maschinenexporteure von der Nachricht überrascht worden, daß in Australien zum ersten Male eine Fabrik zur eigenen Herstellung von Web- und Spinnmaschinen errichtet werde. Die Erhöhung der Löhne hat sich also nicht als Hemmung, sondern viel eher als Ansporn zur Verbesserung und Erweiterung der Produktion erwiesen.

Auzulängliche Entlohnung der Lehrlinge. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat, wie der amtliche preussische Pressebericht mitteilt, die Aufsichtsbehörden der Handwerkskammern angewiesen, ihr Augenmerk auf die vielfach unzulänglichen Kostgelber und Entschädigungen zu richten, die solchen Lehrlingen gezahlt werden, die nicht in die Familiengemeinschaft des Lehrmeisters aufgenommen worden sind. Die Aufsichtsbehörden der Handwerkskammern sollen die Kammern veranlassen, ihren ganzen Einfluß einzusetzen, damit derartige Mißstände baldigt abgeholfen wird; die Kammern sollen Richtlinien aufstellen, die den an Lehrverträgen beteiligten Parteien als Grundlage dienen sollen.

Wie die Handwerkskammern ihre Aufgabe bei der Regelung der Entschädigung an Lehrlinge auffassen, geht aus einem Bericht der „Rheinischen Zeitung“ vom 1. März dieses Jahres hervor. Danach hat die Handwerkskammer in Köln für das erste Vierteljahr 1923 beschlossen, daß die durchschnittlich zahlbare Lehrlingsentschädigung pro Tag für Lehrlinge, die weder Kost noch Logis beziehen, für die Städtegebiete Köln und Bonn im ersten Lehrjahre 80 M., im zweiten 125 M., im dritten 205 M., im vierten (ersten Halbjahre) 500 M., (zweiten Halbjahre) 600 M. betragen soll. Weibliche Lehrlinge sollen 70% der vorstehenden Sätze erhalten.

Mit diesen Sätzen glaubt die Kölner Handwerkskammer bei Anwendung des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe Rechnung getragen zu haben. Wir sind nicht der

Meinung, sondern halten eine derartige Entschädigung für Lehrlinge bei einem Gefellenstundenlohn von 1850 M. und mehr für eine ganz miserable, die schleunigst neugegelt werden muß. Sie beweist übrigens schlüssig die Notwendigkeit der tariflichen Regelung der Lehrlingslöhne, gegen die auch die Handwerkskammern ihren Widerstand aufgeben sollten.

Literarisches.

Der Politische Almanach für das Jahr 1923. Verlag des Politischen Almanachs, Berlin SW 68. Das 470 Seiten starke, eng gedruckte, reichlich mit Tabellen und Statistiken versehene, aber trotzdem sehr übersichtlich angeordnete Buch ist ein unentbehrliches Hilfsmittel für jeden, der als Journalist, Funktionär oder sonst irgendwie im öffentlichen Leben steht. Der Politische Almanach gibt schnell Auskunft über jede Adresse, jedes Amt, jede öffentliche Stelle, wie man sie täglich erreichen muß. Er ist darum ein großer Helfer bei der praktischen Arbeit. Von besonderer Sorgfalt ist die in dem Almanach enthaltene Darstellung der Pflichten und der Leistungen aus dem Vertrage von Versailles. Das Buch ist handlich und geschmackvoll ausgestattet.

Grundpreis ist 4,50 M., Schlüsseljahr 2000. Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO 16, liefert das Buch an Gewerkschafter mit 25% Rabatt, bei Abnahme von 10 Exemplaren an mit 33 1/3% Rabatt.

„Weltenmär.“ Von Hans Offenbach. 1. Band der 4. Jahresreihe des Volksverbandes der Bücherfreunde. Falb-leinwandband von Ad. Propp, Berlin 1922. Vom dem süßlichen Labetrant modischer Pseudophilosophie in erotischem Gewande untercheidet sich dies Buch durch eine herbe Kraft, vornehm Selbstsucht, durch seine Männlichkeit im beiten Sinne. Die kostenlose Zuendung von Druckfaden erfolgt durch die Geschäftsstelle des V. d. B., Berlin W 50, Kantstr. 84.

Briefkasten der Redaktion.

Die Nachrufe und Todesanzeigen mehren sich in letzter Zeit stark; wir sehen uns deshalb aus Gründen der Raumesparnis genötigt, die schon auf dem 22. Verbandstage von uns angeregte Sterbetafel in Anzeigen-teile einzuführen. Von der nächsten Nummer an werden Nachrufe und Todesanzeigen in der bisherigen Art nicht mehr erscheinen, sondern in der Sterbetafel Aufnahme finden. Der Preis für Anzeigen in der Sterbetafel entspricht dem bisherigen Preis für Todesanzeigen, 200 M. pro Zeile. Die unentgeltliche Sterbetafel im redaktionellen Teil des „Zimmerer“ wird aufgehoben.

Veranstaltungsaussieger.

- Freitag, den 25. März:**
Kulmbach: Bei Max Rupp in Mesdorf.
- Montag, den 26. März:**
Aulham: Abends 7 Uhr im „Stadttheater“, Friedlander Straße.
- Mittwoch, den 28. März:**
Guben: Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus. —
Tobbenbüren: Nach Feierabend bei Brachmann, Bergstr. 92.
- Donnerstag, den 29. März:**
Brandenburg: Im Volkshaus. —
Duisburg, Bezirk Dinslaken: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.
- Freitag, den 30. März:**
Duisburg, Bezirk Hochemerich: Abends 7 1/2 Uhr bei Witt, Bahnstr. 9.
- Sonabend, den 31. März:**
Hagenow: Eine halbe Stunde nach Feierabend im „Schützenhaus“. —
Göttingen: Abends 6 Uhr bei Ochs, Johannisstraße. —
Hferloh, Bezirk Altana: Abends 6 Uhr bei Hermann Buch, Freiheitstraße. —
Schönebeck: Abends 7 1/2 Uhr in der „Bayrischen Bierhalle“. —
Wolfsenbüttel: Abends 7 1/2 Uhr im Gasthof „Zur Lanne“.
- Freitag, den 1. April:**
Bekum, Bez. Oelde: Vorm. 11 Uhr bei Jüngert, Jungestraße. —
Borghorst: Vorm. 11 Uhr im Lokal von Wilt, Gase. —
Düren: Vorm. 10 Uhr im Lokale „Zum Grafen Zeppelin“ bei Wilhelm Kurth, Annaplag. —
Essen: Vorm. 10 Uhr im Lokale „Stadt Eberfeld“, Steeler Straße 19. —
Gelsenkirchen, Bezirk Westerbelt: Vorm. 10 Uhr bei Rottmann, Industriestraße. —
Hagen: Vorm. 10 Uhr bei Arnold, Gefe Eberfelder Straße und Bergstraße. —
Jarmen: Nachm. 4 Uhr „Zur Herberge“. —
Lemgo: Vorm. 10 Uhr im Verbandslokale von H. Volland, Breite Straße. —
Lüdenscheid: Vorm. 10 Uhr bei Hugo Kölle, Hochstr. 12. —
Marne: Nachm. 4 Uhr bei Witwe Bartels, Mittelstraße. —
Neuwied: Vorm. 10 Uhr im Lokale von Birz, Marktstraße. —
Verlberg: Im Gewerkschaftsbureau, bei Schneider, Feldstr. 1. —
Atheiner: Im Volkshaus, Rosenstraße. —
Troisdorf: Vorm. 10 Uhr bei Theisen, Poststraße. —
Uelzen: Nachm. 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. —
Verden a. d. Aller: Nachm. 8 Uhr bei Helmbold, Andreasstr. 9.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 15. März starb unser Kamerad **Gustav Wenzel** im Alter von 26 Jahren an Lungenleiden. —
Am 16. März starb unser Kamerad **Franz Sauppe** im Alter von 41 Jahren an Lungenleiden. Ein ehrendes Andenken bewahren ihnen Die Kameraden der Zahlstelle Gärten u. Umg.

Nachruf.

Am 2. März starb an Magenkrebs unser Kamerad **Adolf Berghäuser** (Bezirk 5) im Alter von 62 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Berlin und Umg.

Nachruf.

Am 1. März starb nach langer Krankheit unser Kamerad **Karl Kühn** im Alter von 62 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Bochum.

Nachruf.

Am 2. Februar starb an Blasenkrebs unser Kamerad und Ehrenmitglied **Albert Meier** im Alter von 72 Jahren. —
Am 4. März starb an Lungenleiden unser Kamerad **Wilhelm Schwalbe** in Gork im Alter von 28 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihnen Die Kameraden der Zahlst. Brandenburg a. d. O.

Nachruf.

Am 26. Februar starb plötzlich infolge eines Herzschlages unser Kamerad **Heinr. Schulte** im Alter von 37 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Grefesh.

Nachruf.

Am 2. März starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser langjähriges Mitglied und Mitbegründer der Zahlstelle Kamerad **Fritz Kolmorgen** im Alter von 68 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Groß-Woltern.

Nachruf.

Am 5. März starb an Gehirngrippe unser Mitglied **Hermann Flegner** aus Rüstern im Alter von 64 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Siegnis.

Nachruf.

Am 26. Februar starb im St. Georgen-Krankenhaus in Breslau an Lungenentzündung unser Kamerad und Hilfskassierer **Wilhelm Hohaupt** aus Ziegelscheune im Alter von 23 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Millich.

Nachruf.

Am 4. März wurde unser Kamerad **August Schmid** im Alter von 31 Jahren nach vorausgegangenem Streit von Bubenhänden meuchlings erstochen. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Regensburg.

Nachruf.

Am 19. Februar starb plötzlich unser Kamerad **Wilhelm Höt** im Alter von 64 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Starzard i. Pom.

Nachruf.

Am 1. März starb plötzlich an Herzschlag unser Kamerad **Karl Schack** aus Gabarz im Alter von 64 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Waltershausen.

Die **Jakob Noppel**, geboren am 25. August 1896 zu Mötzingen, und **Johannes Delfs**, geboren am 6. September 1899 zu Bideltsdorf, werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher in der Zahlstelle Willingen i. Bad. einzulösen. Wer den Aufenthalt der Kameraden kennt, wird gebeten, ihre Adresse an den Kassierer **Max Storz**, Willingen i. Baden, Gerberstr. 20, zu senden.

Die **Lorenz Danner**, Buch- u. Str. (389 881), werden wegen Nachsendung ihrer Mitgliedsbücher um Angabe ihrer Adresse gebeten. **Huber**, E. Schuster, Kassierer, Altötting i. B., Josephburggasse 7/0.